

Umwelt schützen, Atomkonzerne blockieren

Für eine konsequente Energiewende

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion DIE LINKE war von Anfang an das Ausbrechen aus der atomaren Brennstoffkette, die Beendigung der fossilen Energiegewinnung und das radikale Umsteuern auf hundert Prozent erneuerbare Energien. Maßstab für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik ist dabei für uns das „Energetische Alternativdreieck“, in dem sich Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energie wechselseitig bedingen und für einen erfolgreichen Umwelt- und Klimaschutz unabdingbar sind. Denn wirkungsvoller Umwelt- und Klimaschutz erfordert es, auf vielen Gebieten neue Wege einzuschlagen. Die Umwelt muss für die kommenden Generationen intakt und lebenswert erhalten werden, aber zugleich müssen auch die Bedürfnisse der heutigen und zukünftigen Generationen berücksichtigt werden. Das schließt unter anderem die Erhöhung der Lebensqualität und die Existenzsicherung ein.

Im Wahlkampf hatte DIE LINKE plakatiert: „E.on, RWE entmachten!“ Nach der Wahl haben wir im Landesparlament und in den außerparlamentarischen Bewegungen gesagt: Den vier Energieriesen, als deren Erfüllungsgehilfen die etablierten Parteien agieren, muss das Handwerk gelegt werden. Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung, Dezentralisierung, Rekommunalisierung und Demokratisierung der Umwelt- und Energiewirtschaft.

Als ersten Schritt haben wir im Landtag die Übernahme der RWE-Tochter Amprion, die die Hochspannungsnetze betreibt, in Landeseigentum beantragt. Wir haben die Diskussion darüber im zuständigen Ausschuss geführt, eine Expertenanhörung und eine Fachkonferenz dazu im Landtag durchgeführt. Wir haben in den Plenarsitzungen immer wieder auf den Artikel 27 der Landesverfassung aufmerksam gemacht, der die Vergesellschaftung im Falle des Missbrauchs von geballter Wirtschaftsmacht eindeutig vorschreibt. Vor allem seit der Atom-Katastrophe im japanischen Fukushima stellen sich die Grünen und die SPD, zunehmend aber

auch CDU und FDP als Ökoparteien dar. Sie sind aber nicht bereit, mit uns LINKEN gemeinsam gegen die Interessen der Konzernherren und -damen zu handeln. Sogar den einfachen Antrag, die öffentlichen Gebäude in NRW auf

Michael Aggelidis (Bildmitte) bei einer Kundgebung vor der Hauptversammlung des Energie-Riesen E.on am 5. Mai 2011 in Essen.



Ökostrom umzustellen, haben alle anderen Parteien unter fadenscheinigen Vorwänden abgelehnt.

Auf der von uns veranstalteten Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl und 1 Monat Fukushima“ im April 2011 haben wir mit zahlreichen Anti-Atominitiativen diskutiert, wie der Umbau der Atomanlagen in NRW vorangetrieben werden sollte, um eine sozialökologische Energiewende zu erreichen. Konkret heißt das: Stilllegung der Atomanlagen in Gronau, Krefeld und Duisburg, Einlagerungsstopp für das Zwischenlager Ahaus und ein Ende der Atomforschung in Jülich. Außerdem muss der Export von Uran sofort ebenso verboten werden wie Atomtransporte durch NRW. Schließlich darf das Land keine Subventionen mehr für Kernenergie und -forschung geben, sondern muss diese Gelder in nachhaltige Energien und deren Erforschung investieren.

DIE LINKE ist auch die einzige Partei, die innerhalb wie außerhalb des Landtags konsequent gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke wie in Datteln, gegen neue CO₂-Schleudern und für ein sofortiges Ende des Braunkohletagebaus kämpft. Daher

**AUF EIN
WORT**

Michael Aggelidis

Bonn

Sprecher für Wirtschaft,
Energie, Technologie



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... eine beeindruckende Fachtagung im Landtag mit Vertreterinnen und Vertretern außerparlamentarischer Kräfte zum Thema Vergesellschaftung der Energiemonopolisten.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... so viele Abgeordnete des Landtags bewusst gegen unsere Landesverfassung sind, besonders gegen den Artikel 27, der bei monopolartiger Machtzusammenballung eine Vergesellschaftung gebietet.

Links wirkt, weil ...

... SPD und Grüne ohne uns LINKE nicht einmal ihre Trippelschritte in die richtige Richtung gemacht hätten, wie zum Beispiel mehr Geld für die Kommunen, mehr Lehrerinnen und Lehrer etc.

fordern wir beispielsweise auch den Wasserpfennig, eine Abgabe für die industrielle Nutzung des Grundwassers beim Abbau von Braunkohle. Doch auch andere Industriezweige in NRW verursachen massive Umwelt- und Gesundheitsschäden, gegen die wir uns auf parlamentarischem und außerparlamentarischem Wege einsetzen. Die äußerst gefährliche und überflüssige CO-Pipeline des Chemiekonzerns Bayer AG etwa ist für uns inakzeptabel, weshalb wir die regionalen Initiativen gegen diese „Giftgas-Pipeline“ in jeglicher Hinsicht unterstützen.

Wir haben als einzige Landtagsfraktion ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm für einen umfassenden ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft verlangt. Wir haben zugleich im Parlament wie außerhalb immer wieder dargelegt, warum dieser unaufschiebbare Umbau mit kapitalistischer Profitlogik und kapitalistischem Wachstumszwang unvereinbar ist. Die Macht der Großkonzerne zu brechen, ist nicht nur notwendig, um ein ökologisch zukunftsfähiges Wirtschaften zu ermöglichen. Denn wenn die Energiemonopolisten überhaupt in erneuerbare Energien investieren, dann nur in monströse Großprojekte wie Offshore-Windparks oder „Desertec“, das in der Sahara Strom erzeugen soll. Auch die elementaren sozialen

**AUF EIN
WORT**

Hamide Akbayir

Köln

Sprecherin für Frauen,
Gleichstellung, Umwelt,
Landwirtschaft, ländliche Räume,
Verbraucherschutz



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... das Integrieren alternativer Frauenverbände in den Festakt zum 100. Internationalen Frauentag und die Resonanz der Umweltverbände auf unsere Fachtagung „25 Jahre Tschernobyl – 1 Monat Fukushima“.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... die rosa-grünen Fraktionen uns so vehement ausgrenzen, fast auf einer Linie mit den Konservativen von CDU und FDP.

Links wirkt, weil ...

... wir die Abgeordneten der anderen Fraktionen immer wieder an ihre Wahlversprechungen erinnert haben und erinnern werden.

Interessen der Menschen mit normalen Einkommen und vor allem derer mit geringen und sehr geringen Einkommen können nur wirksam verteidigt werden, wenn die Energieproduktion den Monopolisten und der Gewinnorientierung entrissen wird. Deshalb setzen wir uns beispielsweise für ein freies Stromkontingent für die privaten Haushalte ein, das eine vernünftig bemessene Grundversorgung für alle sicherstellt. Finanziert werden muss das durch progressiv steigende Tarife bei höherem Verbrauch. Es darf nicht so bleiben wie heute, dass die größten Stromfresser in der Industrie als Großabnehmer die geringsten Preise bezahlen. Auch ordnungspolitisch ist das völlig verkehrt, weil das keinerlei Anreiz schafft, besonders energieintensive Produktionslinien durch sparsamere zu ersetzen.

Auch in der Verkehrspolitik orientiert sich die Linksfraktion immer an Umweltschutz und Nachhaltigkeit. Zugleich müssen aber natürlich die aktuellen Bedürfnisse der

**AUF EIN
WORT**

Rüdiger Sagel

Münster

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt, Finanzen



Das wichtigste Ereignis bei meiner Arbeit im Landtag war...

... nach meiner Zeit als Einzelkämpfer für DIE LINKE mit einer starken Elf im Landtag zu sein. Alle Fraktionen hatten sofort deutliche Probleme mit unserem Offensivspiel und waren überrascht, was für ein schlagkräftiges Team sie da vor sich hatten.

Ich hätte nicht gedacht, dass ...

... es doch noch zu einer Minderheitsregierung kommt. Denn SPD und Grüne waren nach der Wahl absolut defensiv und wollten die abgewählte Rüttgers-Regierung von CDU und FDP weiter im Amt lassen. Nur DIE LINKE hat hier wirklich Druck gemacht und für den Regierungswechsel gesorgt.

Links wirkt, weil ...

... fachliche Kompetenz, gute Argumente und entschlossenes Handeln letztlich zum Ziel führen. Original sozial, auch nach der Wahl – diesem Versprechen bleibt DIE LINKE verpflichtet.

Menschen in NRW erfüllt werden. Ein Beispiel ist der Bau der so genannten Betuwe-Linie, eine geplante Eisenbahnstrecke, die durchgehenden Schienengüterverkehr von Rotterdam bis Genua ermöglichen soll. Zwar halten wir den Ausbau des Schienenverkehrs im Allgemeinen und der Betuwe-Linie im Besonderen für richtig und wichtig. Aber es ist für uns nicht akzeptabel, wenn der Ausbau an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei geplant wird: Bestmöglicher Lärmschutz und höchste Standards für die Sicherheit der Trassen müssen ebenso gewährleistet werden wie zukunftssichere Kapazitäten für den Gütertransport. Unter anderem mit einer Fachtagung im April dieses Jahres arbeiten wir daran, die betroffenen Menschen in NRW mit in die Planungen einzubeziehen, die ihr tägliches Leben beeinflussen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Wirtschaftspolitik, die von der Haushalts- und Finanzpolitik naturgemäß schwer zu trennen ist. Die NRW-SPD versucht, sich mit ihrer Parole einer „präventiven Sozialpolitik“ vom Image der Schröder-SPD und der Agenda 2010 abzusetzen und eine Alternative zur neoliberalen Einheitspolitik anzudeuten. In Wirklichkeit bleibt sie dieser Art von Politik verhaftet. Besonders deutlich wird das daran, dass sie zusammen mit den Grünen die so genannte Schuldenbremse mitverantworten und sogar darüber nachdenken, sie in die Landesverfassung zu schreiben.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Plenum des Landtags von NRW gesagt: Die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Die Festlegung auf das Zurückfahren der Nettoneuverschuldung auf Null bis zum Jahr 2020 läuft darauf hinaus, zu einer Politik des Sozial- und Personalabbaus und der Privatisierung öffentlichen Eigentums zurückzukehren. Wir LINKEN haben die SPD-Grünen-Regierung dazu aufgefordert, gegen die chronische Unterfinanzierung der Länder zu klagen. SPD und Grüne scheinen nicht einmal das tun zu wollen.

In den Haushaltsberatungen zum Landeshaushalt 2011 haben wir zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, um die Einnahmeseite des Landes zu steigern und zu erreichen, dass die öffentliche Hand wesentlich mehr Geld in die Hand nimmt, um die dringendsten sozialen und ökologischen Aufgaben anzupacken, mehr für die Bildung zu tun und den Kommunen ihren Handlungsspielraum wiederzugeben.

In den Plenarberatungen zum Haushalt haben wir deutlich gemacht, dass wir LINKEN produktive und gesellschaftlich nützliche Investitionen fördern wollen. Leider wollten uns die anderen Parteien dabei nicht folgen. Es ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, günstige Kredite mittels eines gesellschaftlich organisierten und demokratisch kontrollierten Bankwesens gerade in diese Bereiche zu lenken. Soweit dadurch auch private Profite entstehen, müssen diese durch eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen als Reallohnerrhöhungen und durch verbesserte öffentliche Dienste an die Bevölkerung zurückfließen. Auch dafür steht die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW.